

Sozial in der ökologischen Transformation

Die Klimakatastrophe und das Artensterben drohen unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und Überwindung ungerechte Machtverhältnisse sind entscheidende Bausteine, jetzt noch unsere Lebensgrundlagen zu retten. Als BUNDjugend meinen wir es ernst mit der sozial-ökologischen Transformation, und fordern sozialverträgliche Lösungen, welche die ökologisch bitter notwendigen Wenden in Landwirtschaft, Energie, Konsum, Mobilität, Arbeit und Teilhabe vorantreiben und gleichzeitig die Chancen dieser Transformation für mehr Gerechtigkeit und ein gutes Leben für alle nutzt.

Auf globaler Perspektive heißt das internationale Solidarität und die Verantwortungsübernahme für die koloniale Vergangenheit. Dies schließt Klimareparationen, breite Gerechtigkeitsbündnisse in Deutschland und International und den Stopp von Ausbeutung und Mensch und Natur, bspw. durch die Internalisierung von Umweltkosten, mit ein, sowie die Schaffung sicherer Fluchtwege nach EUropa (damit ist das Gebiet Europas sowie die Europäische Union gemeint).

Doch auch vor Ort, in Deutschland, müssen wir nach allen Kräften dazu beitragen, dass die sozial ökologische Transformation ausgebaut wird. Als BUNDjugend wissen wir: Eine klimagerechte Zukunft geht Hand in Hand mit einem starken sozialen und solidarischen politischen System, welcher die Bedürfnisse marginalisierter Gemeinschaften in den Vordergrund rückt und stärkt. Beim Kampf für eine lebenswerte Zukunft und das gute Leben für alle sollten wir als plurale Gesellschaft, die alle Perspektiven mitdenkt, marginalisierte und vulnerable Gemeinschaften nicht ausschließen.

Im Gegenteil:

Die Nachhaltigkeitstransformation soll insbesondere diese Gemeinschaften stärken und zum sozialen Ausgleich beitragen! Wir nennen explizit: Kinder und Jugendliche, insbesondere aus armen und erwerbsschwachen Hintergründen, BIPOC, FLINTA*s, Geflüchtete und Asylsuchende, Alleinerziehende, Menschen mit physischer, seelischer und psychischer Behinderung, Menschen ohne oder mit geringen Einkommen und Sozialhilfeempfangende. Als BUNDjugend beklagen wir schon lange die ungerechte Verteilung von Macht und Reichtum. Zur Finanzierung einer sozial gerechten ökologischen Transformation fordern wir eine radikale, gerechte Umverteilung von Vermögen in dem Sinne, dass Reiche in Verantwortung gezogen werden.

Mobilität

Eine sozial gerecht ausgestaltete, echte Mobilitätswende befähigt Menschen unabhängig von Alter, Einkommen und körperlichen und kognitiven Fähigkeiten dazu, Wege schnell, sicher und klimafreundlich zurückzulegen und ermöglicht somit gesellschaftlichen Teilhabe. Das Siedlungsbild ist geprägt durch kurze Wege, welche Bereiche der essentiellen Infrastruktur miteinander verknüpft: Von der Ärztin über die Kita, Supermarkt hin zum Wohnen.

Wir fordern eine echte, solidarische und sozial gerechte Mobilitätswende! Darunter verstehen wir auch

35 den barrierearmen und bedarfsgerechten Ausbau öffentlicher Verkehrsinfrastrukturen insbesondere in ländlichen und schlecht erschlossenen Siedlungsräumen. Kein Mensch sollte in Zukunft auf den Besitz eines Fahrzeugs für den motorisierten Individualverkehr angewiesen sein.

Wir fordern solidarische Ticketpreise im Fernverkehr, die keinen Menschen aufgrund finanzieller Möglichkeiten von gesellschaftlicher Teilhabe ausschließen. Zudem fordern wir kostenlose Tickets
40 für Wenigverdienende und Gesellschaftsgruppen mit hohem Bedarfsrisiko wie Schüler*innen und Studierende, Auszubildende, Erwerbslose und Wenigverdiener*innen, Freiwilligendienstleistende, Ehrenamtliche, Rentner*innen, Geflüchtete, Menschen mit Behinderung und Geflüchtete.

Weiter fordern wir entgeltfreien ÖPNV für alle.

Bis dahin soll sich jeder Mensch Mobilität leisten können. Wir fordern einen Stopp der Kriminalisierung
45 vom Fahren ohne Ticket. Das Fahren ohne Ticket sollte keine Straftat sein, für die Menschen im Gefängnis landen: auch, weil dabei keine Personen zu Schaden kommen, was bei Falschparken oder erhöhter Geschwindigkeit deutlich häufiger der Fall ist, was aber nur eine Ordnungswidrigkeit ist.

Wir fordern ein Ende von unsozialen Subventionen in Form von Tankrabatten, Dienstwagenprämien und
50 Pendlerpauschalen, von den die Reichen am meisten profitieren.

Landwirtschaft

Unsere Landwirtschaft ist ökologisch, nachhaltig und fair. Alle Menschen haben, unabhängig von deren sozialer Herkunft und Einkommen, sowie zeitlicher Kapazität gesunde, klimafreundlich produzierte und transportierte, vorzugsweise regional angebaute Lebensmittel zur Verfügung. In öffentlichen
55 Einrichtungen, insbesondere in Kitas und Schulen gibt es gesundes, fair und ökologisch produziertes Essen, das eine kostengünstigere und klimafreundlichere Alternative zu Mahlzeiten, die in der konventionellen Landwirtschaft produziert wurden, darstellt.

Faire Preise sorgen dafür, dass entlang der Wertschöpfungskette gerechte Löhne gezahlt werden. Lebensmittelverschwendung, Preisdruck und Höfesterben gehören der Vergangenheit an.

60 Landwirt*innen müssen beim Strukturwandel zu einer Wirtschaftsweise ohne Intensivtierhaltung und Exportabhängigkeit unterstützt werden.

Wir setzen uns ein für die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten, die Wertschätzung von Lebensmitteln und Produzent*innen und faire Preise für Lebensmittel. All das sorgt im Einklang mit gestiegenen Sozialätzen für faire Bedingungen entlang der Lieferkette!

65 Wir fordern die konsequente Neuausrichtung der Agrarsubventionen. Diese dürfen nicht weiterhin großen Agrarkonzernen und deren reichen Aktionär*innen zugutekommen, sondern der bäuerlichen Landwirtschaft und ihren Beschäftigten sowie der Bezahlbarkeit guter, klimafreundlicher und gesunder Lebensmittel.

Wir sprechen uns für eine drastische Reduktion der Tierbestände aus. Nicht nur, weil damit das Tierwohl verbessert wird, und Emissionen eingespart werden. Sondern auch, weil damit das Auftreten multiresistenter Keime und Viren eingeschränkt und die Wahrscheinlichkeit weiterer Pandemien als Gefahr für Mensch, Umwelt und Gemeinwohl gesenkt wird.

Wir fordern für Saisonarbeiter*innen: Menschenwürdige Unterbringung und Arbeitsbedingungen, gerechte Bezahlung, Versicherung und Anstellungsverhältnisse!

Wir fordern gesundes, klimafreundliches und bezahlbares Essen für alle, gerade in Zeiten steigender Lebensmittelpreise, aber nicht steigender Löhne.

Bildung

Unser Bildungssystem wagt auf Basis von Konzepten der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) den Schritt in das 21. Jahrhundert und trägt damit entscheidend zu einer demokratischen und klimagerechten Zukunft bei.¹ Das entstigmatisierte, inklusive und kostenfreie Bildungssystem ermöglicht allen Menschen Teilhabe und hochwertige Bildung vom Kindergarten bis in und durch das Berufsleben

Wir fordern die konsequente Umsetzung einer nachhaltigen, intersektionaler und antirassistischer Bildungsarbeit in Schulen und der außerschulischen Bildungsarbeit und den längst überfälligen Wandel im Bildungssystem! Demokratiebildung, ehrenamtliches Engagement und projektbasiertes Lernen vermitteln allen Lernenden die Handlungskompetenzen zur Bewältigung einer immer komplexeren Welt, geprägt durch Krisen und schnellen Wandel.

Es braucht verpflichtende sonderpädagogische und diskriminierungssensibilisierende Schulungen für alle Lehrkräfte sowie eine gesteigerte Anzahl des Fachpersonals. Wir setzen uns für ein integratives und in Bezug auf soziale Herkunft und Abilities durchmischtes Bildungssystem mit hoher Durchlässigkeit und ohne Selektion ein.

Wir fordern, dass Bildung als Grundrecht allen Menschen gleichermaßen zu Verfügung steht. Die realen Kosten für Teilhabe und Bildung müssen durch bedarfsgerechte Absicherungen und angemessene, eltern- und Studiendauer unabhängige BAföG-Sätze gedeckt werden.

Energie

Wir leben in einer Welt, in welcher die Energie für Strom und Wärme zu 100% aus erneuerbaren, dezentralen, vergesellschafteten dezentralen und naturverträglichen Quellen in Bürger*innen- und staatlicher Hand kommt. Emissions- und Energieeinsparungen in Form einer drastischen

¹ Uns ist bewusst, dass auch im Konzept der BNE Rassismen, koloniale Kontinuitäten und Machtverhältnisse wirken und reproduziert werden. Wir sprechen uns für eine Sensibilisierung und Fortbildung der BNE-Multiplikator*innen aus.

100 Energiereduktion in Form von Energiesuffizienz sind selbstverständlich. Kohle und Atom sind Phantome
längst vergangener Tage. Der Energiepreis bildet ökologische Kosten ab und ist zudem unter
verschiedenen Verbraucher*innengruppen gerecht verteilt.

Wir fordern: Das Erreichen einer Politik, die erneuerbare und dezentrale Energie anstrebt, muss stets
analysieren, welche Ressourcen für die Energiewende benötigt werden, und aus welchen Ländern diese
diese Ressourcen stammen, um kolonialen Kontinuitätsprozessen zu verhindern.

105 Bürger*innenenergie² soll gefördert werden und bürokratische wie regulatorische Hindernisse für diese
demokratische Form der Energieversorgung abgebaut werden.

Der Zugang zu Energie ist wesentlicher Bestandteil von Teilhabe. Bei steigenden Energiekosten müssen
zuerst die Empfänger*innen von Sozialleistungen schnell und unbürokratisch entlastet werden,
und die Mehrausgaben in tatsächlicher Höhe als Bemessungsgrundlage dienen.

110 Bei der Ausstattung mit energieeffizienten Haushaltsgeräten müssen Menschen mit Grundsicherung
durch einmalige Leistungen unterstützt werden.

Wohnen

Alle Menschen können gesund, grün und bezahlbar wohnen, egal ob in der Stadt, auf dem Land oder
dazwischen. Kein Mensch darf auf dem Wohnungsmarkt aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer
marginalisierten Gemeinschaft benachteiligt werden. Niemand muss wegen gestiegener Mietkosten die
Wohnung aufgeben. Große Wohnungskonzerne sind verstaatlicht und unterliegen einer
115 zivilgesellschaftlichen Aufsicht. Öffentlicher Raum bietet Platz für sozialen Austausch und zur Erholung.
Grüne und blaue Infrastruktur mindert Hitze und die Auswirkungen von Starkregenereignissen,
trägt zum Erhalt der Biodiversität bei, ist für alle Menschen zugänglich und berücksichtigt deren
Bedarfe.

120 Wir fordern gesunden, bezahlbaren Wohnraum für Alle und finden: Immobilienwirtschaft muss
gemeinwohlorientiert sein! Staatliche Förderung soll den sozialen Wohnungsbau und gemeinnütziges
Bauen unterstützen. Die finanzielle Sicherung von sozialem Wohnungsbau muss dauerhaft bestehen
bleiben und darf keiner Befristung unterliegen. Der Gebäudebestand muss sozial-ökologisch
modernisiert und warmmietneutral an die Mieter*innen weitergegeben werden.

125 Wir fordern eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik. Boden gehört allen und ist weder Ware noch
Spekulationsobjekt. Wohnraum ist keine Ware, sondern ein Grundrecht. Wir fordern die
Vergesellschaftung großer Wohnkonzerne und einen Privatisierungsstopp.

Jede versiegelte Fläche ist versiegelte Fläche zu viel! Falls trotzdem gebaut werden muss, muss der
entstandene Flächenverbrauch so gering wie möglich sein, bei einem möglichst geringen
Ressourcen- und Energieverbrauch. Innerstädtisch ist die doppelte Innenentwicklung im Sinner einer

² <https://www.buendnis-buergerenergie.de/buergerenergie/was-ist-buergerenergie>

- 130 baulichen Verdichtung beim gleichzeitigen Erhalt und Ausbau öffentlichen Grüns und Freiraums bei gleichzeitiger Nutzungsmischung (d.h. Wohnen und Gewerbe findet nahe beieinander statt) leitgebend.

Konsum

- Die Verantwortung für die strukturelle Ausbeutung von Menschen und Umwelt wird nicht länger auf Einzelpersonen übertragen. Ressourcenintensive Sektoren werden kontrolliert geschrumpft. Entlang von Lieferketten werden Menschenrechte geachtet und neokoloniale Strukturen abgebaut, sowie kaum Ressourcen und Energie verbraucht. Suffizienz ist das neue sexy und bestimmt als Rahmen eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen, Ländern und Bund.
- 135

- Wir setzen uns für gerechte Lieferkettengesetze ein, die Leid und Ausbeutung entlang der gesamten Wertschöpfungskette stoppen. Auch fordern wir von der Bundesregierung die Neuausrichtung ihrer Beschaffungsrichtlinien an strengen sozial-ökologischen Standards.
- 140

Wir fordern eine schnelle Umsetzung des Rechts auf Reparatur und die preisliche Begünstigung von gebrauchter Ware und Mehrweg.

Arbeit

- Der Umbau ressourcenintensiver Industrien erfolgt demokratisch und mit den Beschäftigten. Insgesamt findet eine Arbeitszeitverkürzung und Beendigung prekärer Beschäftigung statt. Neben der Stärkung von pflegenden Berufen wird auch privat geleistete Sorgearbeit und Ehrenamtsarbeit monetär und gesellschaftlich als solche anerkannt.
- 145

- Wir fordern flächendeckende, gerechte Löhne, die ein gutes Leben für alle ermöglichen. Diese sollen reguliert werden durch ein festgelegtes Verhältnis von höchsten zu niedrigsten Löhnen innerhalb eines Betriebes. Kapitalstarke Unternehmen und Menschen mit hohem Vermögen müssen einen gerechten Beitrag zum sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft leisten.
- 150

Wir fordern für Berufe in der Sorgearbeit neben bloßer Wertschätzung vor allem mehr gut bezahltes Personal und attraktive Arbeitsbedingungen.

- Wir fordern eine an Gemeinwohl und Nachhaltigkeit ausgerichtete, wirksame ökologisch-soziale Steuerreform. Das Ziel muss dabei sein, soziale Ungleichheiten abzubauen und Natur und Umwelt zu schützen. Dafür müssen insbesondere die Einführung von wirksamen und gerechten Vermögens-, Erbschafts- und Finanztransaktionssteuern miteinbezogen werden.
- 155

Wir fordern eine Lohnangleichung, die den Gender Pay Gap überwindet.

Perspektivenvielfalt und intersektionale Teilhabe

160 Jeder Mensch ist sensibilisiert gegenüber struktureller Benachteiligung und diskriminierungsarmen Handelns und befähigt, selber und mit anderen zusammen sich zu wehren und plurale, demokratische Alternativen aufzuzeigen. Gesellschaftliches Engagement ist barrierearm und für alle Menschen möglich. Das Wahlalter wurde auf 14 Jahre abgesenkt, und die Bürger:innenbeteiligung ist inklusiv und barrierearm. Konsumfreie Kulturräume wurden ausgebaut und gestärkt und prägen das Leben der Menschen.

165 Wir fordern strikte Maßnahmen gegen Kinderarmut. Jedes Kind und alle Jugendlichen haben das Recht auf ein würdevolles Aufwachsen mit guter Kindergrundsicherung.

Jeder Mensch hat das Recht, gesund zu leben. Wir fordern daher eine solidarische und soziale Bürger*innenversicherung für Alle, sowie den staatlich geförderten Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge.

170 Wir fordern die Stärkung von Selbstorganisationen, Aktionspläne gegen Diskriminierung und die politische Teilhabe an Entscheidungsprozessen, damit wirklich alle pluralen Perspektiven bei der Gestaltung einer besseren Welt berücksichtigt und umgesetzt werden.

Sanktionen bei Hartz 4 / Bürger*innengeld werden abgeschafft, das bisherige Modell wird durch eine menschenwürdige Grundsicherung, die alle realen Lebenskosten deckt, ersetzt.

Begründung

175 *Klar ist: Klimaschutz, der soziale Fragen vernachlässigt, führt nicht zu Klimagerechtigkeit. Als BUNDjugend möchten wir für alle Bereiche der sozial-ökologischen Transformation starke Forderungen aufstellen. Um zu aktuellen Ungerechtigkeiten sprechfähig zu sein, stellt dieser Antrag unsere wichtigsten sozialen Forderungen in wesentlichen Transformationsbereichen zusammen. Wir sehen es als unsere Aufgabe auf die diskriminierenden Strukturen und unsozialen Gesetzgebungen aufmerksam zu machen, die Menschen aus*

180 *marginalisierten Gruppen in unserer Gesellschaft von der Teilhabe abhalten und die soziale Spaltung weiter vorantreiben, statt zu einer gerechten Verteilung von Macht und Reichtum beizutragen. Einige Lösungsansätze möchten wir mit diesem Positionspapier aufzeigen und als offizielle Position der BUNDjugend in der weiteren Verbands- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Gesprächen mit Presse und Politiker*innen verwenden.*